

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völlme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völlwerk, Völlme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 223

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Beilagen, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Restante 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Mittwoch, den 23. September

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident von Hindenburg hat den Oberpräsidenten von Westfalen und der Rheinprovinz brieflich seinen Dank für den ihm bei seiner Reise in die befreiten Gebiete bereiteten Empfang ausgesprochen.

* Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther trat der Rabinetttsrat in Berlin zusammen, um über die Einladung zur Sicherheitspaktkonferenz zu beraten.

* In Berlin begann der Prozess gegen die in der Angelegenheit der Landespfandbriefanstalt Angeklagten.

* Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin hat dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann mitgeteilt, die Tschechoslowakei sei bereit, mit Deutschland über einen Schiedsvertrag zu verhandeln.

* Der Führer der Riffabysen Abd-el-Krim soll bei einem der letzten Gefechte erheblich verwundet worden sein.

Zweiterlei Maß.

Der Völlerbund hat soeben zwei Entscheidungen getroffen, die, miteinander verglichen, erneut ein außerordentlich ungünstiges Licht auf seine Unparteilichkeit werfen müssen. Die Mossulfrage ist eine besonders harte Nuß. Um entscheiden zu lassen, wer von beiden Teilen recht hat, die Türkei oder England, die beide das Gebiet beanspruchen, hatte man seinerzeit eine eigene Kommission hingeschickt, die die Lage gründlich untersuchte. Aus deren Bericht hin wurde dann, man kann es direkt behaupten, eine Art salomonisches Urteil gefällt. Man gab im Grunde genommen beiden recht, so daß schließlich alles beim alten geblieben wäre. Man kann es verstehen, daß ein solches Vorgehen weder in England noch in der Türkei besonders gut aufgenommen wurde. Am rührigsten waren bei ihren Protesten gegen den Spruch die Türken, denen denn auch insofern ein gewisser Erfolg beschieden war, als der Völlerbund sich nicht getraute, ein endgültiges Urteil auszusprechen, sondern kurzerhand die ganze Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht wieder unterbreitete. Man hat zwar dadurch keine Beruhigung geschaffen, aber dem Vorwurfe vorgebeugt, als ob man irgendeine der beiden Parteien bevorzugt wolle.

Andererseits ist man im Danzig-Polnischen Postrecht verfahren. Dabei ist man ohne weiteres für Polen eingetreten und hat mit nicht mißzuverstehender Gehe alle Beschwerden der Danziger Regierung, des dortigen Parlaments und der Bevölkerung kurzerhand in den Papierkorb geworfen. Das Gebiet des Freistaates Danzig untersteht ebenso wie das Saargebiet dem direkten Schutze des Völlerbundes. Danzig ist mit einer gewissen Einschränkung in der Außenpolitik sonst volle Souveränität vertragsmäßig zugesichert. Dazu gehört natürlich auch das Postrecht, das durch den Spruch jetzt so gut wie vernichtet ist. Damit ist ein höchst gefährlicher Richtfall geschaffen, der Polen nur anreizen muß, weitere Ansprüche zu stellen. Danzig geht es hier wie dem Saargebiet, das auch bei allen Beschwerden Frankreich gegenüber stets den kürzeren gezogen hat.

In Danzig herrscht selbstverständlich über diese Genfer Entscheidung heftige Empörung. Auch die deutsche Presse hält natürlich mit ihrer Entrüstung nicht zurück. Es wird dabei direkt darauf hingewiesen, daß man in diesem Falle wieder einmal den Fundamentalsatz, daß Recht Recht bleiben muß, durch das Prinzip ersetzt hat, daß Macht vor Recht geht und daß politische Zweckmäßigkeiten den Vorrang haben vor rechtlichen und moralischen Gründen und Empfindungen. In Danzig hatte man für den Völlerbund schon bisher nicht allzuviel übrig. Die jetzt geschaffene Lage muß nun auch den Rest des Vertrauens untergraben, zumal man sieht, daß der Völlerbund es Polen gegenüber nicht einmal wagt, sich die Gründe der von ihm eingeleiteten Oberkommission zu eigen zu machen, die, trotzdem sie Engländer waren, mit Energie für die Rechte Danzigs eingetreten waren.

Die Ententländer zeigen sich entrüstet über den Vorwurf, daß viele in dem Völlerbunde noch immer weiter nichts als ein Gebilde sehen, dem Willen der Sieger im Weltkrieg überall Geltung zu verschaffen. Man rehet besonders uns Deutschen zu, von einem solchen Aberglauben zu lassen. Der Spruch über Danzig zeigt aber, wie berechtigt das Mißtrauen gegen diesen Bund ist. In dem Streite unter Staaten, mit denen es keiner verderben möchte, wagt man nicht Farbe zu bekennen. Im Falle Danzigs verweigert man ohne Scheu den Schwachen. Deutschland gegenüber wäre es mit das beste Propagandamittel für den Völlerbund gewesen, wenn man bewiesen hätte, daß man auch einmal einem deutschen Elemente gegenüber Gerechtigkeit widerfahren läßt. So dürfte bei uns das bestehende Mißtrauen nur neue Nahrung erhalten haben. Das ist kein gutes Einleitungsmittel für die bevorstehenden Paktverhandlungen.

Was man in Danzig denkt.

Der Danziger Präsident Sahm protestierte in Genf in einer überzeugenden Rede gegen die Absichten des Völlerbundes und verlangte die Überweisung der Angelegenheit an das Haager Schiedsgericht. Darüber ging man aber hinweg. Wie man in Danzig denkt, erhellt aus einem anscheinend inspirierten Artikel in der Sonntagsausgabe der Danziger Zeitung. Es heißt darin: „Die ganze Verhandlung vor dem Völlerbundrat war lediglich eine Komödie. Der Völlerbundrat handelte wie ein Richter, der den Angeklagten verurteilt, ohne ihn zu hören. Aber die Richter hatten es eilig, Lord Robert Cecil sprach von einem zwecklosen Zeitverlust. Das Urteil war ja gefällt; wozu noch die Neben? Der Völlerbund soll sich nicht beklagen, wenn der Glaube der Danziger Bevölkerung an seine Unparteilichkeit aufs tiefste erschüttert wird. In Würde und Unerblichkeit muß die Danziger Bevölle-

Kabinettsrat zur Pakteinladung

Vor dem Beschluß der Regierung.

Berlin, 21. September.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther trat das Kabinettsrat heute gegen Abend zusammen, um über die Antwort auf die Einladung Deutschlands zur Sicherheitskonferenz zu beraten. Sämtliche Reichsminister nahmen an der Sitzung teil. Ministerialdirektor Gaus, der Vertreter Deutschlands bei der Londoner Juristenkonferenz, berichtete zunächst über die dortigen Besprechungen. Ein endgültiger Beschluß wird in der Sitzung noch nicht gefaßt. Heute werden lediglich die Londoner Resultate einer Erörterung unterzogen und die gesamte außenpolitische Lage geprüft. Die Beschlußfassung ist einer zweiten Sitzung vorbehalten, bei der der Reichspräsident selbst den Vorsitz führen wird, und die erst anberaumt werden soll, nachdem Besprechungen zwischen dem Reichskanzler, den politischen Mitgliedern des Kabinetts und der Parteiführern stattgefunden haben. Auch der Beschluß der deutschen nationalen Parteiververtretungen, die für morgen nach Berlin einberufen worden sind, um zu der Paktropolitik Stellung zu nehmen und die Haltung der Deutschnationalen Partei festzulegen, dürfte abgewartet werden. Wahrscheinlich werden auch noch der Auswärtige Ausschuss und die Ministerpräsidenten der Länder vor der Entscheidung gehört.

Aus London meldet man, dort werde erwartet, daß der deutsche Kabinettsrat endgültig über Art und Zeit für die Zusammenkunft der Außenminister entscheiden wird. Wie ferner mitgeteilt wird, sei mit ziemlicher Bestimmtheit damit zu rechnen, daß auf Grund inoffizieller Mitteilungen, die im Laufe der letzten Woche zwischen Paris, Berlin und Brüssel ausgetauscht wurden, das Zusammentreffen der Minister in der zweiten Oktoberwoche in Luzern stattfinden wird.

Angeblicher Inhalt des Sicherheitspaktes.

Die Pariser Ausgabe des „Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Inhaltsangabe des Sicherheitspaktes, die den von den Regierungen Englands, Frankreichs und Deutschlands angenommenen Grundfäden entsprechen soll. Nach den Mitteilungen ist der Inhalt nur kurz und umfasse nur 500 Worte. Der Text drücke nur die allgemeinen Grundfäden aus. Der auffallende Zug in dem Vertrag ist die völlige Hintansetzung des Versailler Vertrages, zu dem nur Stellung genommen wird, soweit es sich um die entmilitarisierte Zone handelt. Die bisher von den Alliierten vertretenen Grundlagen des Vertrages, die Behauptung von der Kriegsschuld Deutsch-

lands und die Behandlung des deutschen Volkes als besiegte Nation sind aufgegeben. Der Pakt stellt die absolute Gleichheit unter den Unterzeichnern der neuen Abmachung wieder her und macht keinen Unterschied zwischen den beiden Parteien. Der Pakt spricht nur von den Völlern, die ihn unterzeichnen sollen. Sanktionen werden gegen jedes Land vorgesehen, das den Friedensvertrag verfehlt, ohne daß ein Unterschied zwischen den einzelnen Völlern gemacht wird. Eine andere wichtige Bestimmung ist, daß der Pakt unter die Kontrolle des Völlerbundes gestellt werden soll. Auch im Falle des Angriffes hat die angegriffene Nation nur das Recht der Verteidigung.

Deutsch-tschechischer Schiedsvertrag?

Berlin, 21. September.

Der hiesige tschechoslowakische Gesandte, Herr Krosta, teilte im Namen seiner Regierung dem Außenminister Herrn Stresemann unter Bezugnahme auf die in letzter Zeit zwischen Deutschland und den Alliierten ausgetauschten Noten mit, daß die tschechoslowakische Regierung bereit sei, in Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages einzutreten.

Dieser Schritt ist die erste größere Verhandlung, die zwischen Berlin und Prag direkt geführt wird. Auch vorher ist über eine große Menge von Einzelfragen, die zwischen beiden Ländern schwebten, verhandelt worden. Aber die großen politischen Fragen sind bisher zwischen den Staatsmännern beider Länder niemals direkt behandelt worden. Unverkennbar ist das Eingehen der Tschechoslowakei auf die Anregungen, die in Genf erfolgt sind.

Um die Räumung Kölns.

Wie man in einigen Berliner Kreisen zu wissen glaubt, sind der interalliierten Militärkommission in der letzten Zeit eine Reihe von Tatsachen bekanntgeworden, die auf das deutlichste erkennen lassen, daß die deutschen Behörden bemüht sind, in der Frage der deutschen Abrüstung alles zu tun, um die in der letzten alliierten Note aufgeführten Punkte, die als Vorwand für die Nicht-räumung Kölns benutzt worden sind, aus der Welt zu schaffen. In alliierten Kreisen glaubt man, daß, wenn sich die der Kontrollkommission zugegangenen Informationen bestätigen, die Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone zwar nicht im Zusammenhang mit den Sicherheitsverhandlungen, wohl aber zeitlich parallel mit diesen fortgeführt werden können.

Gegen polnische Mißhandlungen.

Die Vertreter der Angestelltenpionierorganisationen, und zwar des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und der Asa hatten bei dem Präsidenten der Genfer Kommission, Calonder, eine Audienz, in der sie sich über Mißhandlungen ihrer Mitglieder in Polnisch-Oberschlesien beschwerten. Sie überreichten dabei eine Entschädigung, in der Proteste erhoben wurden gegen die in letzter Zeit sich mehrenden Terrorakte gegen in Deutschland wohnende und in Polen beschäftigte Angestellte. Präsident Calonder sagte eine eingehende Prüfung der Angelegenheit zu.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat an die Oberpräsidenten der Provinzen Rheinland und Westfalen ein in herzlichen Worten gehaltenes Danktelegramm für die ihm auf seiner Reise in das befreite Gebiet zuteil gewordene Aufnahme gesandt.

Saarbrücken. Die Regierungskommission hat in ihrer letzten Sitzung die Bildung einer Arbeitskammer für das Saargebiet beschlossen, durch die nicht nur die Lohnempfänger, sondern auch die Handelsangeestellten erfasst werden sollen. Der Entwurf wird demnächst dem Landesrat zugehen. Belgien. Aus Stutari liegen Nachrichten vor, die von einer starken Gärung und von Kämpfen in vielen Ortschaften Albaniens melden. Auf den Ministerpräsidenten soll ein Attentat verübt worden sein.

Moskau. Der Rat der Volkskommissare wird demnächst der allrussischen Zentralregierung einen Plan über die Umwandlung Sibiriens in eine selbständige Republik vorlegen. Die neue Sowjetrepublik wird aus den Gebieten Omsk, Kowonikolajewsk, Altai, Tschumys und Irkutsk zusammengefaßt werden. Als ihre Hauptstadt ist Kowonikolajewsk ausgerufen.

Bayerische Bedenken zum Sicherheitspakt

Programmatistische Ausführungen Dr. Heims.

München, 21. September.

Der Lantenhausener Bauerntag, eine der alljährlich wiederkehrenden wichtigsten politischen Rundgebungen, wurde von dem Abg. Dr. Heim mit einer Rede eröffnet, in der er erklärte, seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sei das Verhältnis Deutschlands zum Auslande günstiger geworden. Zur Frage des Sicherheitspaktes erklärte der Redner, daß er die Notwendigkeit eines solchen nicht anerkennen könne, weil Deutschland unbewaffnet sei, während Frankreich von Waffen stärke.

Zur inneren Politik übergehend erklärte Dr. Heim nach einer scharfen Kritik an der Regierungsführung in Berlin, unverkündet sei ihm bis zur Stunde die Haltung des Zentrums. Es gebe keine Einigung innerhalb der deutschen Katholiken, solange nicht

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Fünf Jahre Wirtschaftspartei.

Die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes veranstaltete in Berlin aus Anlaß ihres fünfjährigen Bestehens eine Stiftungsfestfeier. Abg. Dreßig gab bei dieser Gelegenheit einen Überblick über die bisherige Geschichte der Partei. Wie der deutsche Mittelstand dem deutschen Vaterlande stets in Zeiten der Not helfende Männer gegeben habe, so verlange auch heute der Mittelstand nicht schlechter als andere Stände behandelt zu werden. Standeswürde und Kampfesmut seien notwendig, um dem Mittelstand die ihm gebührende Stellung zu geben. Ein Hoch auf das deutsche Vaterland beschloß die beifällig aufgenommene Rede.

Forderungen der Deutsch-Demokratischen Partei.

Der Parteiausschuss der Deutsch-Demokratischen Partei, der in Berlin tagte und zu den wichtigsten politischen und finanziellen Fragen der Reichspolitik Stellung nahm, gibt in einer Entschließung seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der von der Partei vertretene Standpunkt in der Außenpolitik und zur republikanischen Reichsverfassung in steigendem Maße die selbstverständliche Grundlage der deutschen Politik geworden ist. In einer zweiten Entschließung spricht der Parteiausschuss die Erwartung aus, daß die Fraktionen des Reichstages und der Landtage bestrebt sein werden, eine Ausdehnung der unsozialen und rückständigen Hauszinssteuer für die Zwecke des allgemeinen Staatsbedarfs zu verhindern. Eine dritte Entschließung wendet sich gegen den bekanntgewordenen Reichsschuldenentwurf. Der Parteitag soll im Dezember in Breslau stattfinden.

Rundgebung des deutschen Ostbundes.

Der deutsche Ostbund veranstaltete anläßlich seines fünften Stiftungsfestes in Dortmund eine Rundgebung gegen die Ausweisung der deutschen Öpananten durch die Polen. Erschienen waren Abordnungen des deutschen Ostbundes im Rheinland und in Westfalen. Oberbürgermeister Dr. Githoff hielt eine kurze Begrüßungsansprache. Bundesdirektor Gintzel vom Ostbundspräsidium wies auf die Bedeutung der uns entrisenen Gebiete hin. Polen ernte jetzt die Früchte deutschen Geistes und deutscher Kultur. Ebenso wie der Westen gelobe auch der Osten unverbrüchliche Treue zum Reich.

grundsätzlich Wandel geschaffen sei hinsichtlich der Stellungnahme des Zentrums zur Frage: Zentralgewalt oder Wahrung der Selbstständigkeit der Länder? Wenn die Führer der Bayerischen Volkspartei die Parole ausgeben würden: Zurück zum Zentrum, dann würden Hunderttausende in Bayern die Führer der Bayerischen Volkspartei verlassen. (Stürmische Zustimmung.)

Mit dem Reichsschulgesetz, auch in der neuen Fassung, würde die christliche Erziehung erschüttert werden. Hinsichtlich des Preisabbaues betonte Dr. Heim, daß er für die Bauern, die schlechtere Preise als vor dem Kriege erzielten, nicht in Betracht käme. Zum Schluß richtete der Redner an die Versammlung die Mahnung, den Kampf um die Erhaltung der letzten Reste der bayerischen Selbstständigkeit mitzuleisten.

Abd-el-Krim verwundet.

Vor Beginn neuer Kämpfe.

Paris, 21. September.

Wie die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet, ist Abd-el-Krim, der Feldherr der Kistablen, bei der Erstürmung des Gebirgspasses von Viba durch die Franzosen verwundet worden. Durch einen Gewehrstoß sei ihm das linke Bein zerschmettert worden. Er sei daraufhin nach Targuis geschickt worden, wo er in der Behandlung zweier deutscher Ärzte liege. Das Kommando über die Armee der Kistablen habe Abd-el-Krims Bruder und dessen Onkel übernommen.

Im „Echo de Paris“ wird mitgeteilt, daß der neue französische Angriff nördlich von Taza erfolgen soll. Der Angriff ist im großen Stile vorbereitet. Achtzig Bataillone unter der Führung des Generals Weichmann werden gegen die Front der Rifarmee vordringen. Der neue Angriff, der nach der Mitteilung des Berichterstatters vielleicht schon begonnen hat, soll der Vereinigung der französischen und spanischen Armee den Weg bereiten.

Die amerikanischen Flieger in Marokko.

Paris, 21. September.

Wie die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter aus Washington melden, erfolgte die Aufforderung an die amerikanischen Flieger in Marokko, sofort aus der Armee des Sultans auszutreten auf Grund eines Gesetzes, das jeden amerikanischen Bürger, der an Feindseligkeiten gegen eine Macht teilnimmt, mit der Vereinigten Staaten nicht im Kriege leben, mit einer Geldbuße oder einer Gefängnisstrafe bestraft. Die amerikanischen Flieger in Marokko dienen zwar nominell in der Armee des Sultans, unterstehen aber dem französischen Kommando.

Ein Beauftragter Abd-el-Krims soll außerdem in Washington gegen die Teilnahme von Amerikanern an den kriegerischen Handlungen protestiert und darauf hingewiesen haben, daß diese Flieger amerikanische Uniformen tragen. Das Vorgehen Kelloggs hat in Paris großes Aufsehen erregt.

Prozeß der Preuß. Landespfandbriefanstalt

Berlin, 21. September.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen die Direktoren der Landespfandbriefanstalt: 1. Geh. Reg.-Rat Nehring, 2. Direktor Albert Lüders, 3. gegen die ehemaligen Geschäftsführer des Bittelwies-Konfortums, den Kaufmann Rüdiger von Eyndorf, Hauptmann a. D. Wilhelm Albrecht von Karstedt und den früheren Rittergutsbesitzer Hans Karl von Carlowitz.

Die Anklage wirft den Angeklagten Untreue bzw. Anstiftung und Beihilfe dazu vor. Wie der Vorstehende hierzu erklärte, besteht bei Lüders und Nehring außerdem die Möglichkeit, daß ihre Taten auch als intellektuelle Urkundensäufung, Vernichtung amtlicher Urkunden oder falsche Beurkundung durch Beamte zu beurteilen seien, daß ferner bei den übrigen Angeklagten auch Betrug an der Landespfandbriefanstalt in Frage kommen könne.

Sehr interessant gestaltete sich die Vernehmung des angeklagten Direktors Nehring über den Geschäftsbetrieb der Landespfandbriefanstalt, besonders aber über die Kredite, die das Unternehmen an Siebler hergab, und über die Faltung der einzelnen Verbriefen. Es entwickelte sich folgendes Zwiegespräch: Vorst.: Wie kamen Sie dazu, fremde Gelder hereinzunehmen und auszuliehen? Sie hatten doch nur für Wohnungs- oder Siedlungszwecke tätig zu sein. — Angekl.: Infolge der Notlage meiner Anstalt erkundete ich mich, wie

denk andere Anstalten sich verhielten, da bekam ich den Bescheid, daß sie infolge dieser Zwangslage ihre Zahlungen etwas weiterzögerten auslegten. — Vorst.: Es entsteht die wichtige Frage, wie weit das Ministerium im Bilde war. — Angekl.: Offiziell war das Ministerium nicht im Bilde, aber Geh. Ministerialrat Kaiser wußte doch persönlich um diese Dinge. Man wollte ja die Anstalt halten, obgleich von verschiedenen Seiten Zweifel an der Lebensfähigkeit entstanden waren. — Dann kam der Vorstehende auf die Tatsache zu sprechen, daß auch ohne Deckung Kredite gegeben worden seien, entweder fahrlässig oder aus einem bestimmten Grunde. Bei pflichtgemäßer Aufsicht hätte der Angeklagte das feststellen müssen.

Schließlich wurde dann der erste bestimmte Fall erörtert: ein Darlehen von 100.000 Goldmark, das die Landespfandbriefanstalt am 3. Dezember 1923 ohne jegliche Deckung an die Firma Schappach gegeben hat. Nehring erzählt, daß er von diesem Darlehen nichts gewußt habe, sondern daß er auf einer Dienstreise von seinem Mitdirektor Lüders telefonisch die Mitteilung erhalten habe, daß die Firma Schappach sich unter Geschäftsaufsicht gestellt habe und daß für 100.000 Goldmark ungedeckter Kredit an diese Firma gegeben worden sei. Geheimrat Nehring glaubt, daß Herr Lüders, der damals an einem nervösen Magenleiden litt, vielleicht nicht vollkommen imstande gewesen sei, die Geschäfte zu übersehen.

Frankreichs amerikanische Schulden.

Letztes Entgegenkommen Amerikas.

Wie der New Yorker Korrespondent des Pariser „New York Herald“ erfahren haben will, ist die Regelung der französischen Schulden bei Amerika in großen Zügen bereits in den vorbereitenden Verhandlungen festgelegt worden. Danach sollen alle französischen Schulden einschließlich des Schuldbetrages für die von den Vereinigten Staaten im Jahre 1919 an Frankreich verkauften Heeresbestände konsolidiert werden. Diese Schuldenbeträge sollen ebenso wie die französischen Schulden bei Großbritannien in einem Zeitraum von 62 Jahren getilgt werden. Der Zinssatz für diese konsolidierte Schuld soll 3% betragen. Dieser herabgesetzte Zinssatz, der an die Stelle des bisherigen Satzes von 5% tritt, hat rückwirkende Geltung, so daß die Gesamtsumme der französischen Schulden auf ungefähr 4,5 Milliarden Dollar vermindert. In Washington vertritt man die Auffassung, daß die jetzigen Vorschläge das Äußerste sind, was Frankreich billigerweise verlangen kann.

Das neue Steuersystem.

Von Hugo Meyerheim, kaufmännischer Beirat, Berlin-Grünwald.

Grundlagen des Reichssteuerrechts sind: die Reichsverfassung, der Versailler Vertrag bzw. dessen Ergänzung durch das Londoner Abkommen, die Reichsabgabenordnung und das Landessteuergesetz. Die Reichsabgabenordnung legt die Steuerbegriffe klar, enthält die Bestimmungen über die Finanzbehörden und regelt die Besteuerung, das Steuerstrafrecht und Steuerstraßverfahren. Das Landessteuergesetz behandelt die Steuern der einzelnen Länder und Gemeinden, den Ausschluß der doppelten Besteuerung und den Anteil der Länder und Gemeinden am Ertrage von Reichsteuern. Das System besteht aus den Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und den Verbrauchs- und Verbrauchsteuern. Zu den Steuern vom Einkommen gehören: die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer. Im wesentlichen ist über die

Einkommen- und Körperschaftsteuer

zu sagen: Während das Einkommen der einzelnen Personen in dem Einkommensteuergesetz behandelt wird, finden sich die Bestimmungen über das Einkommen der Körperschaften, also Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Genossenschaft usw., im Körperschaftsteuergesetz. Beide Gesetze sind am 10. August 1925 ergangen, und die Überleitung zu ihnen wurde bereits durch das Steuerüberleitungsgesetz vom 25. Mai 1925 geregelt.

Hiernach gelten grundsätzlich die für 1924 vorgeschriebenen Vorauszahlungen als Ablösung des Steuerbetrages für 1924. Zu diesen Vorauszahlungen gehört auch noch die Januarzahlung 1925. Bei Einkommen aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und sonstiger nicht gewerblicher Bodenbewirtschaftung dienen die am 15. Februar 1924 und am 15. Mai 1924 fällig gewordenen Vorauszahlungen als Ablösung der Einkommensteuer bis 30. Juni 1924. Bei den buchführenden Gewerbetreibenden, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr nicht übereinstimmt, gelten die vom 1. Januar 1924 bis zur Beendigung des Geschäftsjahres (1923/24) zu leistenden Vorauszahlungen als Ablösungsbetrag für die Zeit bis zum Schlusse des Geschäftsjahres.

Die erste Veranlagung nach dem neuen Einkommensteuergesetz findet bei allen Steuerpflichtigen grundsätzlich nach Schluß des Kalenderjahres 1925 unter Anrechnung der hierauf geleisteten Vorauszahlungen statt. Eine Ausnahme ist

nur für das Einkommen aus dem Betriebe von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und sonstiger nicht gewerblicher Bodenbewirtschaftung vorgesehen. Diese Wirtschaften werden schon in der zweiten Hälfte 1925 veranlagt, worauf die geleisteten Vorauszahlungen in Anrechnung gebracht werden. Zu gleicher Zeit findet auch die Veranlagung aller derjenigen zur Buchführung verpflichteten Gewerbetreibenden und Erwerbsgesellschaften statt, deren Geschäftsjahr in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1925 endet, wobei ebenfalls die geleisteten Vorauszahlungen in Anrechnung kommen. — Zum Einkommen gehört auch die Nutzung einer Wohnung im eigenen Hause sowie unentgeltlich überlassene Räume und Gärten.

Vom Einkommen in Abzug gebracht werden die Werbungskosten: z. B. die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen (also z. B. Schenkungssteuer, Abschreibungen für Abnutzung, Steuern vom Grundvermögen und Gewerbetriebe, öffentliche Abgaben (aber nicht Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens- und andere Personalsteuer), Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Aufwendungen für Berufsausbildung, Steuer an Religionsgesellschaften, Beiträge an Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern, ferner in begrenzter Höhe Beiträge des Steuerpflichtigen für sich und seine Haushaltsangehörigen zu Kranken- und dergl. Kassen sowie Lebensversicherungsprämien und Kosten der Berufsausbildung des Steuerpflichtigen. — Zum steuerlichen Einkommen werden insbesondere nicht gerechnet: einmalige Vermögenszufälle, wie Schenkungen, Erbschaften, Aussteuer, Lotteriegewinne, Auszahlungen von Lebensversicherungen usw., ferner auch Einkünfte aus einzelnen Verkäufen außerhalb des Berufs, sofern es sich nicht um Spekulationsgeschäfte handelt. Beträgt das festgestellte Einkommen weniger als die Hälfte des Verbrauchs, den der Steuerpflichtige in dem Zeitraum hatte, oder besteht zwischen Einkommen und Verbrauch ein offenes Mißverhältnis, so findet die Besteuerung nach dem Verbrauch statt. Nur wenn der Steuerpflichtige nachweisen kann, daß er den Verbrauch aus Vermögen bestritten hat, welches seit seinem Bestehen in den letzten drei Jahren der Einkommensteuer unterlag, oder es sich um Unterstützungen oder ähnliche Zuwendungen handelt, kann die Besteuerung nach dem Verbrauch unterbleiben. Auch werden zum Verbrauch nicht gerechnet: die Ausgaben für angemessene Aussteuer und Ausstattungen, Schulzinsen, die Steuern vom Einkommen, Vermögen, Grundbesitz und Gewerbetriebe, Ausgaben für Arzneien oder andere Gegenstände zu Heilzwecken oder dergleichen.

Von der Einkommensteuer befreit sind Steuerpflichtige, deren Einnahmen im Jahre 1900 Reichsmark nicht erreichten. Ist der Steuerpflichtige verheiratet, so erhöht sich dieser Betrag. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Einkommen von Ehegatten in der Regel zusammengeordnet wird. Von den Steuerpflichtigen Beträgen sind in Abzug zu bringen 600 M., sofern das Einkommen 10.000 M. nicht übersteigt. Auch sonst sind bei geringen Einkommen noch Abzüge vorgesehen. Der Steuerfuß beträgt bis zu 8000 M. 10% und beträgt bei 12.000 M. 1300 M., bei 20.000 M. 2700 M., bei 28.000 M. 4700 M., bei 46.000 M. 10.100 M., bei 80.000 M. 22.000 M. und für die Beträge über 80.000 M. Einkommen 40% des Mehreinkommens. Die Steuer ermäßigt sich um 10% der Gewinne aus dem Anteil an einer G. m. b. H., doch höchstens um 500 M., wenn das Einkommen 20.000 M. nicht übersteigt. Erhält jemand für eine Tätigkeit, die sich über mehrere Jahre erstreckt, eine Vergütung, und hat er mehr als 8000 Mark Einkommen, so kann auf Antrag eine gesonderte Berechnung der Einkommensteuer erfolgen.

Alle Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 8000 Mark oder die zur Buchführung verpflichtet sind, oder aber die vom Finanzamt besonders aufgefordert werden, haben eine Steuererklärung abzugeben. Bis zum Empfang des Steuerbescheides hat der Steuerpflichtige je ein Viertel der zuletzt festgestellten Steuerschuld zu entrichten, und zwar am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Da bis jetzt Steuerbescheide noch nicht ergangen sind, müssen die Vorauszahlungen in der bisherigen Weise erfolgen. Steuerpflichtige, die in der Hauptsache Einkünfte aus Landwirtschaften beziehen, haben am 15. November die Hälfte und am 15. Februar und 15. Mai je ein Viertel zu zahlen. Macht ein Steuerpflichtiger glaubhaft, daß sich sein Einkommen um mehr als den fünften Teil, mindestens aber um 1000 Mark niedriger berechnet wird, so ist ihm ein entsprechender Teil der Vorauszahlungen zu finden.

Die Körperschaftsteuern der Erwerbsgesellschaften zahlen 20% des ausgewiesenen Gewinnes mit Ausnahme von Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Gesellschaften, deren Geschäftskreis über den ihrer Mitglieder hinausgeht und deren Stammkapital 50.000 Reichsmark nicht übersteigt. Diese zahlen für die ersten angefallenen oder vollen 8000 M. 10% usw. gestuft, aber höchstens 20% des Gesamteinkommens. Alle übrigen Körperschaften zahlen nur 10% Steuer.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 23. September 1925.

Überfüllte Eisenbahnsteile. Die Reichsbahndirektion ist bemüht, die Personenzüge dem Verkehrsbedürfnis entsprechend zu bilden, und hat in diesem Sinne wiederholt Weisungen an die unterstellten Dienststellen ergehen lassen. Trotzdem wird aus den Kreisen des reisenden

lassen wollen, wenn er doch der Liebhaber war. Widerwärtig, daß ihn dieser Gedanke nicht verlassen wollte, daß er sich ihm immer wieder aufdrängte.

Sagen Sie, lieber Oberförster, kommen Sie doch einmal her.

Mit diesen Worten winkte Poirier Ritter an die Grube heran und zog ihn in ein längeres Gespräch, dem der aufgeregte, mit ganz anderen Dingen beschäftigte Mann nur unwillig zuhörte. Es war ihm entsetzlich, sich in lange uninteressante Erörterungen mit dem entrüsteten Historiker einzulassen, wo es in seinem Herzen stürmte und witterte, wo seine Erwartung bis zur höchsten Unruhe gesteigert war, wo er immer daran denken mußte, daß die schöne leidenschaftlich begehrt Frau jetzt vielleicht in den Armen des schokoladengeschäftigen Zigeuners über ihn lachte und spottete. Wer weiß, was sie einander zuflüsterten, mit welchen Ausdrücken sie seine Liebe bedachten.

Sie meinen doch auch, lieber Freund, daß wir unter allen Umständen die Ausgrabungen fortsetzen müssen, leuchten Ihnen meine Gründe nicht ein?

Er hatte die Grinde Poiriers gar nicht gehört, antwortete aber dennoch schnell:

Ja natürlich, natürlich, ich bin ganz Ihrer Meinung. Aber was soll ich als Laie...

Auch ein Laie muß das verstehen, ich habe es Ihnen doch deutlich genug klargemacht.

Ganz recht, ganz recht. Sie müssen die Ausgrabungen unter allen Umständen fortsetzen. Verfügen Sie über Haus und Hof ganz als eigener Herr... Aber jetzt entschuldigen Sie mich.

Sie wollen fort, Oberförster? wandte sich jetzt auch Rückert an ihn.

Ja, meine Pflicht ruft mich. Ich muß in den Wald, ich habe eine längere Konferenz mit Holzbauern, eine Versteigerung sozusagen. Adieu, meine Herren, adieu, Mag. Und dann rief er sich los, eilte nach dem Forsthaus und trat bald darauf mit der Büchse über der Schulter, von seinem mächtigen Schweifhund begleitet, aus dem kleinen Pförtchen wieder heraus, um an dem Gräberfeld vorbei im Walde zu verschwinden.

(Fortsetzung folgt)

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

46

Nachdruck verboten

Er hatte diese Erklärung nicht nur aus dem rein wissenschaftlichen Interesse heraus gegeben, sondern in tiefen Grunde seiner Seele dachte er daran, daß er, je mehr Zeit die Ausgrabungen in Anspruch nahmen, desto länger Gelegenheit haben würde, mit Molly zusammenzukommen. Jetzt, wo Ritter von der alten Liebe wußte, stand es für ihn fest, daß sein Platz in möglichstster Nähe der unglücklichen Frau sei. Man konnte nicht wissen, zu welchen Mitteln der brutale Mann griff. Die Ehe war an und für sich unglücklich, das wußte jedermann in Kattenhausen, das sah der oberflächlichste Beobachter, und Molly selbst hatte ihm gegenüber die Wahrheit nicht verbergen können. Wer konnte wissen, ob Ritter nicht von ihr eine Erklärung forderte, die dann vielleicht zu einer endgültigen Trennung der Eheleute führte.

Ein seltsames Glücksgefühl durchzitterte den jungen Mann bei diesem Gedanken. Warum sollten die beiden, die so unglücklich miteinander waren, nicht endlich die Folgen ziehen, die sich notwendig ergaben. Warum sollten sie nicht in Ruhe auseinandergehen, und dann... dann war ja seine Zeit gekommen.

Endlich nach langen, langen Jahren. Freilich bis jetzt hatte es nicht den Anschein. Die beiden hielten nach außen ihre Ehe aufrecht, und sie bemühten sich, die innere Entfremdung vor der Welt nicht zu zeigen. Warum? Mag sann darüber nach, aber er konnte sich nur die Tatsache klarmachen, daß der Grund war für ihn unerfindlich.

Der gesellschaftliche Skandal? Das war doch ein überwundener Standpunkt, und die moderne Welt hatte längst begliffen, daß Ehe, die den Gatten so viel Enttäuschungen gebracht, getrennt werden. Freilich, es mußte sich ein plausibler Grund finden, denn das bürgerliche Gesetz ist ja eine strenge Hüterin der Ehe

und rechnet nicht mit den persönlichen Empfindungen der Menschen. Ohne eine wirkliche Verfehlung von der einen oder anderen Seite ist keine Trennung möglich, wenn Kinder zwischen den Gatten stehen.

Die Sorge für die Erhaltung der Art hat jenes eiserne Ehegesetz diktiert. Man verlangt, daß die Eltern sich um der Kinder willen mit ihrem Schicksal abfinden.

Um der Kinder willen?

Das war vielleicht der Grund. Ganz sicher war er das. Hatte Molly ihm nicht gesagt, daß die Nacht ihrer Ehe nicht sternenlos sei? Hatte sie ihm nicht gesagt, daß das bühnen Glück ihres Lebens von den Kindern komme? Aber Ritter dachte gewiß nicht so. Seine ungebändigte selbstische Genusnatur war weit entfernt von jener garten Rücklicht auf die Kinder, von jenem tiefen Pflichtgefühl, das eigenes Glück dem Glück der Kinder unbedingt zum Opfer bringt.

Mag sehnte sich danach, ein paar Worte allein mit Molly zu sprechen. Sie war ihm ausgewichen, seitdem es klar zwischen ihnen geworden, seitdem sie wußten, daß die Zeit an ihrer Liebe nichts hatte ändern können. Aber er konnte füglich jetzt nicht von der Stätte der Ausgrabungen weggehen und die geliebte Frau aufsuchen, ohne daß Ritter, der ja nun aufmerksam geworden war, den wahren Zustand seiner Seele erkannt hätte.

Noch fachte er ihre Beziehungen harmlos auf. Er sah darin nichts, als eine alte verdorrte Gymnastast-Liebe, die längst an Kraft verloren hatte, weil ihr ja jahrelang die Nahrung entzogen gewesen war. Mag mußte also seinem Herzen Ruhe gebieten, er mußte sich zurückhalten, bis der rechte Augenblick gekommen schien, und daß er kam, daß er kommen mußte, das dachte ihn eine unabwendbare Notwendigkeit.

Ritter ging bei den grabenden Soldaten ab und zu, plauderte bald mit Rückert, bald mit Poirier, verschwand dann einen Augenblick im Walde nach der Chauffee hin, um wieder zurückzukehren, wieder hierhin und dorthin zu laufen, ein packendes Bild seelischer Unruhe.

Die Gräfin war nicht gekommen, was hatte das zu bedeuten? Sollte sie den Mut haben, sich seinem Einfluß zu entziehen? Oder war sie leidend? Sie hatte ja allerdings am Vormittag nicht besonders wohl ausgesehen. Sicherlich mußte es etwas derartiges sein, denn daß sie plötzlich einen eigenen Willen zeigen könnte, das glaubte er nur sehr schwer. Dazu war er zu fest von dem starken Eindruck überzeugt, den er auf die Frauen auszuüben vermochte. Trotzdem konnte ihn diese Ueberzeugung nicht vollkommen beruhigen. Wenn es mit dem Mexikaner doch eine andere Bewandnis hatte, als die beiden scheinen

Kleine Nachrichten.

Eröffnung der Düsseldorf Gartenbau- und Bindekunstausstellung.

Düsseldorf, 20. September. Hier ist die erste Gartenbau- und Bindekunstausstellung eröffnet worden. Nachdem einige Vertreter des Gartenbauvereins und der Blumenverlauftgeschäfte zu Worte gekommen waren, eröffnete der Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Vehr in kurzen Worten die Ausstellung, ihr einen guten Erfolg wünschend. Im Rahmen der Jubiläumsausstellungen ist dies die vorletzte. Bereits der Eröffnungstag zeigte eine reiche Besucherzahl.

Einweihung des Elberfelder Rundfunksenders.

Elberfeld, 20. September. Hier wurde der neue Rundfunksender durch Staatssekretär Wredow der Oberpostdirektion Düsseldorf übergeben. In seiner Begrüßungsrede dankte er besonders der Stadtverwaltung Elberfeld für ihre Arbeiten. Er teilte dann mit, daß, falls der Sender aus technischen Gründen vielleicht verlegt werden müßte, die Stadt Elberfeld doch Einfluß auf die Gestaltung des Programms haben werde. Im Namen der Westdeutschen Funktunde A.-G., Münster, gab dann Dr. Eder das Versprechen, das bisherige kulturelle und geistige Niveau stets hoch zu halten. Am Schluß der Einweihungsfeier dankte Oberbürgermeister Dr. Kirchbaum im Namen der Stadt Elberfeld.

Der Vatikan für Einigung zwischen Römisch- und Griechisch-Katholischen.

Warschau, 20. September. Der Lodzer „Freien Presse“ wird aus Rom gemeldet, daß der Vatikan nach dem Ende des heiligen Jahres die Einberufung eines Kongresses von Vertretern der einzelnen griechisch-orthodoxen Kirchen schreiben werde. Im Zusammenhang damit hätten bereits Delegierte des Vatikans in Rumänien und Bulgarien eine lebhaftige Tätigkeit begonnen. Auch mit Südslawien fanden Verhandlungen statt; zu demselben Zwecke wurde auch eine besondere Jesuiten- und Benediktinerkommission nach Sowjetrußland entsandt. Die hauptsächlichste Aufgabe des angekündigten Kongresses soll die Frage der Rückkehr der Griechisch-Orthodoxen zur römisch-katholischen Kirche sein.

Die Deutsche Volkspartei zum Sicherheitspakt.

Berlin, 21. September. Die Nationalliberale Korrespondenz veröffentlicht eine parteiamtliche Erklärung der Deutschen Volkspartei, in der es u. a. heißt: Die Deutsche Volkspartei hat ihre Richtlinien zu der Sicherheitsfrage am 2. Juli in folgenden Hauptgrundgedanken festgelegt: „Sicherstellung der deutschen Westgrenze gegen französische Angriffe und Sanktionen ohne Preisgabe deutschen Volkstums, Änderung und mögliche Abstützung der Rheinlandschließung, Räumung der ersten Zone vor Abbruch irgendwelcher Vereinbarungen, Bereitschaft auch zu stillen Schiedsverträgen, aber unter Zurückweisung einer französischen Garantie und ohne Verschleierung des Zieles einer friedlichen Abänderung der unhaltbaren östlichen Grenzen, endlich Eintritt in den Völkerverbund bei Wahrung der Forderungen des deutschen Memorandums vom September 1924, insbesondere unter entschiedener Ablehnung jeder aus dem Eintritt etwa herzufließenden Anerkennung der von uns stets bekämpften Kriegsschuldfrage.“

Preussischer Varmat-Ausschuß.

Berlin, 21. September. Im Varmat-Ausschuß des Preussischen Landtags nahm Staatssekretär Friß heute Stellung zu den Aussagen Kaufmanns, die er oft als übertrieben hinstellte. Oberstaatsanwalt Linde gab eine Erklärung über seine Unterhaltung mit dem Ministerialdirektor Kuhn, die ebenfalls von der Darstellung Kaufmanns abwich.

Einweihung eines Gedenksteines für die Gefallenen der „Magdeburger“.

Danzig, 21. September. Hier wurde auf dem früheren Danziger Garnisonfriedhof ein schlichter Gedenkstein an der Stelle geweiht, an der 14 Gefallene vom Kreuzer „Magdeburg“ ruhen. Bekanntlich geriet der Kreuzer am 26. August 1914 bei dichtem Nebel etwa 500 Meter vom Leuchtturm auf Grund, ohne die Möglichkeit zu haben, freizukommen. Bei der Übernahme der Bemannung auf das Torpedoboot „V 26“ wurde der Kreuzer von inländischen herangefahrenen russischen Schiffen beschossen. Hierbei wurde eine große Anzahl von Offizieren und Mannschaften getötet. An der Beisetzungsfeier nahm auch ein Vertreter der Stadt Magdeburg teil.

Ein Tobsuchtsanfall in Hochneutirchen.

Hochneutirchen, 21. September. In einem Tobsuchtsanfall erschlug hier ein Mann seine Frau sowie sämtliche Haustiere (Hafen, Hunde und Kaninchen). Dann wollte er mit einem Bund Stroh das Haus in Brand stecken, woran er jedoch verhindert wurde.

Jahrtausendfeier in Hamborn.

Hamborn, 21. September. Am Sonnabend und Sonntag feierte die Stadt die Jahrtausendfeier, verbunden mit dem 25-jährigen Jubiläum der Gemeinde selbst, durch einen Fackelzug und ein Festkonzert, wobei Oberbürgermeister Dr. Rosenbahl die Festrede hielt. Am Sonntag wurde das Stadion mit sportlichen Veranstaltungen eröffnet.

Submissionsliste.

Bierßen, 21. September. Bei den Arbeiten zur Herstellung des Kanals verlangte der Höchstfordernde 71 000, der Niedrigstfordernde 29 000 Mark.

Weitere typhusverdächtige Erkrankungen in Regensburg.

München, 21. September. Nach Mäntelmessungen sind in den letzten Tagen im Regensburger Stadtgebiet trotz aller sanitären Vorbeugungsmaßnahmen zwei neue Fälle von Typhusverdacht zu verzeichnen. Weitere Todesfälle sind bisher nicht eingetreten.

Streik der Pariser Fernsprechämter.

Saarbrücken, 21. September. Wie mitgeteilt wird, ist heute vormittag das Personal der Pariser Fernsprechämter in den Ausstand getreten, angeblich wegen nicht bewilligter Gehaltszulage.

40. Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Königsberg, 21. September. Der Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die nunmehr 40 Jahre besteht, hat heute ihre vom 21. bis zum 26. September dauernde Herbsttagung in Königsberg mit Ausschusssitzungen begonnen. Die 100. Hauptversammlung ist auf Sonnabend, den 26. September, einberufen. Gleichzeitig hält auch die Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde, Sitz Göttingen, ihre Herbsttagung in Königsberg ab.

Die Maul- und Klauenseuche heilbar?

Kopenhagen, 21. September. Der dänische Tierarzt Wehring in Skövum auf Jütland glaubt an Hand einer Reihe von Versuchen nachweisen zu können, daß Maul- und Klauenseuche im Laufe von ganz kurzer Zeit bei einer Behandlung mit einem Serum und Dr. Walbums Metallsalzen heilbar ist.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Zuchthausstrafe für einen mißglückten Mordanschlag. Das Essener Schwurgericht verurteilte den aus Polen stammenden 23 Jahre alten Geschäftsmann Ch. Berger, der am 19. Juni d. J. auf dem polnischen Konsul Georg v. Lechowitsch in seinem Amtszimmer im polnischen Konsulatsgebäude einen Mordanschlag verübt hatte, zu drei Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hatte aus einer Browningpistole drei Schüsse auf den Konsul abgefeuert. Zwei Kugeln gingen fehl, während die dritte dem Konsul in den Leib drang. Der Konsul wurde schwer verletzt und mußte im Krankenhaus einer Operation unterzogen werden, die glücklich verlief.

§ Französische Kriegsgerichtsverurteilung. Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte unter Ausschluß der Öffentlichkeit den Architekten Widias und den Bureauchef Baur aus Ludwigshafen wegen Spionage zu zwölf und zehn Jahren Gefängnis.

§ Die betrunzene Millionärin. Mrs. Lilian Roe, die Gattin des New Yorker Millionärs John Roe, wurde zu einer Geldstrafe von 100 Dollar sowie zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie mit ihrem Automobil in zu schnellem Tempo und in rücksichtsloser Weise gefahren war. Außerdem wurde festgestellt, daß sie die Fahrt in betrunkenem Zustande unternommen hatte.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 21. September.

* Börserbericht. Die Börsenwoche begann völlig lustlos und das Geschäft hielt sich in denkbar engstem Rahmen. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß die Kurse weiter absackten. Auch der Markt der inländischen Anleihen lag schwach. Am Geldmarkt konnte man eine unbedeutende Befestigung feststellen, tägliches Geld notierte 8-9,50%, monatliches Geld 10-11,50%.

* Devisenbörse. Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,33-20,38; holl. Gulden 168,62-169,04; Danz. 80,64 bis 80,84; franz. Frank 19,96-20,00; belg. 18,59-18,63; schweiz. 80,97-81,17; Italien 17,26-17,30; schwed. Krone 112,62-112,90; dän. 102,82-103,08; norweg. Krone 89,59-89,81; tschech. 12,42-12,46; österr. Schilling 59,10-59,24.

* Neuer Gebrauchszolltarif. Das Reichsfinanzministerium hat einen Neubruck des Gebrauchszolltarifs herausgegeben, der in diesen Tagen sämtlichen Zollstellen zugeht und im Buchhandel erhältlich ist. In diesem sind sämtliche Zolländerungen berücksichtigt, die auf Grund des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 mit dem 1. September d. J. bereits in Kraft getreten sind oder auf Grund dieses Gesetzes sowie infolge des Zusatzvertrages vom 12. Juli 1924 zu dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen und infolge des vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion vom 4. April 1925 mit dem 1. Oktober d. J. noch wirksam werden.

* Eiernotierung. Preise in Pfg. je Stück. Inlandseier: große, vollfrische, gestempelte 18, frische über 55 Gramm 15½ bis 16, unter 55 Gramm 14½; Auslandseier: extra große 17½ bis 18, große 13-17, normale 10-12, abweichende 9-9½, kleine und Schmutzeier 9-9½. Tendenz ruhig.

* Kartoffelerzeugerpreise je Zentner, waggonfrei märkischer Station. Weiße Kartoffeln 1,75 M., rote Kartoffeln 1,80 M., Obenwälder blaue 2,10, Nierenkartoffeln 4,50 M., gelb fleischige 2,40 M., Habichtkartoffeln 8,50-9,50 Pfennige pro Stäbeportion.

* Zur Lage des Holzmarktes. Nachdem mehrere Wochen hindurch der Absatz am Schnittholzmarkt sich belebt hatte, ist die Nachfrage wieder ins Stoden geraten, das Interesse des Plaghölzhandels an Angeboten erlahmt und die Neigung der Sägewerksbesitzer, bei Preisen und Bedingungen etwas entgegenzukommen, größer geworden. Die Lage am westdeutschen Holzmarkt, die seit kurzem durchaus unbefriedigend ist, hat ihre Wirkungen nach Nord- und Ostdeutschland, wo die Verhältnisse in der Holzwirtschaft an sich günstiger sind, ausstrahlt. Sehr ungünstige Nachrichten liegen aus Polen vor. Nach zuverlässigen Berichten sind seitens der polnischen Sägewerksfirmen nur in vereinzelten Fällen die von der Staatsforstverwaltung festgesetzten Fristen bei Ablauf der Holztreibte innegehalten worden. Am Bauholzmarkt sind die Umsätze gering. Dagegen hat sich das Geschäft in Bahnschwellen etwas belebt.

* Produktentbörse. Der Weltmarkt bleibt andauernd für Getreide matt und die Konfurrenz Osteuropas für unsere Ausfuhr dauernd fühlbar. Vom Inlande ist das Angebot mäßig, aber der Mangel an Unternehmungslust wie der schwierige Mehlabsatz im Inlande drücken auf die Marktlage. Beim Weizen zeigte sich im handelsrechtlichen Lieferungsgehalt für September einige Dedungsfrage, wobei gegen Oktober, der ebenso wie Dezember in den Notierungen nachließ, Depoti bezahlt wurde. Exportfrage bleibt für Weizen wie für Roggen bestehen, doch sind die Gebote teilweise zu niedrig. Die Preise für prompten Inlandsroggen wie für Lieferung waren ermäßigt. Gerste in ihrer Situation kaum verändert, Mittelqualitäten sehr stark angeboten. Hafer ziemlich preisgehalten, Futterartikelf andauernd lustlos. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	21. 9.	19. 9.		21. 9.	19. 9.
Weiz. märk.	204-210	207-213	Weiz. f. Brl.	11-11,2	11,4-11,6
pommerscher	153-160	157-162	Roggl. f. Brl.	10-10,2	10,4-10,6
holl. märk.	151-156	—	Raps	350	350
westpreuss.	206-230	206-235	Leinfaat	—	—
draugersie	172-175	174-177	Wittor.-Erbf.	26-31	26-31
futtergerste	172-180	174-182	fl. Speiseerbs.	21-24	21-24
hafer, märk.	—	—	futtererbsen	—	—
pommerscher	—	—	Welschen	—	—
westpreuss.	—	—	Ackerbohnen	—	—
Weizenmehl	—	—	Biden	24-27	25-28
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., blaue	12,7-14	12,7-14
fln. br. inf.	—	—	Lupin., gelbe	—	—
Erd. (feinst.)	28,7-32,2	29-32,5	Seraballa	—	—
Art. d. Rot.	—	—	Rapskuchen	15,8-16	16-16,2
Roggenmehl	—	—	Leinfuchsen	22,4-22,6	22,6
p. 100 Kil. fr.	—	—	Frodenschyl.	11,8	11,8
Berlin br.	—	—	Soya-Schrot	21-21,2	21-21,2
intl. Erd.	23-25	23,7-25,2	Torfmil. 30/70	8,2-8,4	8,4-8,6
			Kartoffelf.	16,8	17

Städtischer Viehhof Elberfeld.

Elberfeld, 21. Sept. Auftrieb 780 Stück Großvieh, davon — Kühe österreichischer und — schwedischer Herkunft, davon 359 Ochsen, 67 Bullen, 309 Färsen und Kühe, 15 Fresser, 1940 Schweine, 367 Kälber, 159 Schafe. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: 1. Rinder: Ochsen a. 66-68, b. 62-64, c. 52-56, d. 40-50. Bullen a) 56-58, b) 50-52, c) 38-44, Färsen und Kühe: a) 64-66, b) 60-62, c) 48-50, d) 38-44, e) 20-30. Jungvieh: a) 35-45. 2. Kälber: a. — b. 95-98, c. 85-90, d. 70-80, e. — 3. Schafe: Weideschafe: a) 50-55, b. 30-40. 4. Schweine: a. 98-100, b. 96-97, c. 95-96, d. —, e. 80-92, f. 80-92.

Tendenz des Marktes: Großvieh sehr langsam. Es bleibt Ueberstand. Kälber flott. Schweine mittleres Geschäft. Ferkel und einzelne ausgewachsene Tiere über Notiz. Aus dem Auslande wurden in der vergangenen Woche eingeführt: 60 Rinderviertel, 200 Schweine und 37 Kälber.

Schriftleitung Wth. Bell jr., Halver i. Westf.

Wir suchen zu kaufen
guterhastenes od. 8 kg.

Kollfatz

zum Trockenrollen,
Angebot erbitten

Kemper & Kleinhuus,
Halver, Fernruf 79.

Zur Herbstdüngung

empfehle und halte auf
Lager vorrätig

Schwefels. Ammoniak

20,66 %

Ammon.-Superphosphat

5x10 %

Knochenmehl 5x20%

Thomasmehl 14%

zitronensäurelös.

Kainit 12,5 %

Kali 41,5 %

E. Zimmermann,

Dhl-Rdnfah.

Fernruf Nr. 11.

Eine ausnahmsweise
gute

Biege

umständelhalber zu ver-

kaufen.

Dr. Bornemann,

Schafsmühle.

Halverstr. 35.

Zum Stellenwechsel!

Hierdurch geben wir bekannt, daß wir
Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche),
Pensions-Angebote und -Gesuche usw.
für das bekannte Familienblatt

Daheim

zu Originalpreisen vermitteln.

Das Publikum hat nur nötig, den
Anzeigentext in der Geschäftsstelle unseres
Blattes, des Allgemeinen Anzeigers Halver
abzugeben und die Anzeigengebühren zu
entrichten. Die Expedition erfolgt prompt
ohne Spesen für den Besteller, dem wir
damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im
Vergleich zur großen Auflage niedrig und
betragen gegenwärtig 80 Pf. für die ein-
spaltige Druck-Zeile (7 Silben), bei Stellen-
Gesuchen nur 60 Pf.

Gesuche und Angebote Pensionen 1 Mt.

Das Daheim ist über ganz Deutschland
und angrenzende Teile deutscher Zunge
stark verbreitet. Sein weltbekannter,
wöchentlich erscheinender Personal-Anzeiger
führt Angebot und Nachfrage rasch und
sicher zusammen.

Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst
frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle des
„Allgemeiner Anzeiger“ Halver.

la Woll- und Haarhüte

in allen Preislagen,

Klappzylinder mit u. ohne Leder.

Klub-, Flieger- und Sport-

Mützen,

Bielefelder Oberhemden, Kragen,

Vorhemden usw.

— Regenschirme u. Spazierstöcke, —

Normal- u. Mako-Wäsche

schwarz u. farbige **Glacéhand-**

schuhe für Damen und Herren

Portemonnaies,

Taschenspiegel,

Taschentücher usw.

Krawatten u.

Seidenbinden.

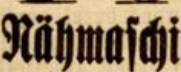
Nur das Neueste.

Fr. Kattwinkel,

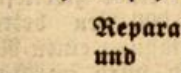
Halver.



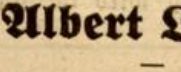
Fahrräder



Nähmaschinen



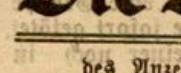
stets am
Lager.



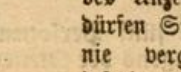
Reparaturen werden prompt
und billigt ausgeführt.



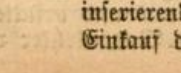
Albert Vinnepe, Halver.



— Telefon 192. —



Die Durchsicht



des Anzeigenteiles Ihres Heimatblattes
dürfen Sie in Ihrem eigenen Interesse
nie vergessen. Den in diesem Blatte
inserierenden Geschäften gebe man beim
Einkauf den Vorzug.

Porzellan,

Glas und

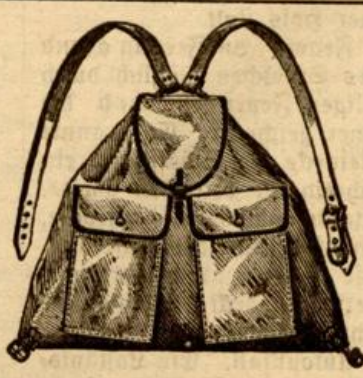
Steingut.

Steinzeug - Einmachtopfe

empfeilt in großer Auswahl
und zu billigen Preisen.

Aug. Vollmerhaus,

Kierspe-Bhf.



Rucksäcke

in mehreren Größen
vorrätig

Wilhelm Bell jr.,

Telefon 42 Halver. Kirchstr. 5

Wir suchen möglichst
für sofortigen Eintritt
tätigen

Automatensteller.

Es wollen sich nur
Leute bewerben, die selbst-
ständig eine wirkliche ein-
wandfreie Arbeit auf
Hau- oder Schwerdfes-
ser-Automaten leisten
können.

Kemper & Kleinhuus,

Halver, Fernruf 79.

Besseres junges Ehe-

paar sucht sofort

2 möbl. oder unmöbl.

Zimmer

auch nach auswärts gegen

hohe Miete.

Angebote unter N. R.

742 an die Exped. des

Allg. Anz. Halver.

Anständiger junger

Mann kann

Kost u. Logis

erhalten.

Wo, sagt d. Gesch. d.

Allg. Anz. Halver.

Spielkarten

empfeilt

Wth. Bell jr. Halver.